

NIR-Positionspapier „Rassismus“:

Rassismus und Diskriminierung sind alltäglich und gehen uns alle an

70 Jahre nach Einführung des Grundgesetzes leben die Menschen immer noch in Deutschland in Angst und Schrecken. Die Bedrohung ist für viele Menschen real. Man spürt die Feindseligkeit. Der „bürgerliche Rassismus“ in der Mitte der Gesellschaft ist für viele sichtbar.

Hier ist die Politik aufgefordert, den Nährboden für rassistische Gewalt zu bekämpfen.

Rassistische Bilder, Denkfiguren und Haltungen sind tief in der Alltagswelt verwurzelt und beeinflussen den gesellschaftlichen Diskurs und das politische Handeln, nicht zuletzt auch die vorherrschende Flüchtlingspolitik mit dem Ziel der Abschottung, Abschreckung und Abschiebung.

Der Niedersächsische Integrationsrat (NIR) fordert:

1. Eine konsequente und lückenlose Aufklärung aller rechten Gewalttaten. Die Politik und die zuständigen Behörden müssen mehr Einsatz für den Schutz von bedrohten Menschen zeigen und eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik verwirklichen.
2. Migration gehört zu Deutschland. Rassismus, Diskriminierung verhindern die gesellschaftliche Integration. Das Land Niedersachsen muss ein klares Zeichen für Humanität setzen und auf allen Ebenen entschieden gegen jedwede Form von Rassismus und Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgehen. Dazu gehören auch effektive Maßnahmen gegen Morddrohungen, Hetze und Hass im Internet für eine effektivere Bekämpfung und Verfolgung von Hasskriminalität.
3. Integration braucht ernsthafte gleichberechtigte Teilhabe. Die Migrant*innen und ihre Selbst-Organisationen (MSO) sind wichtige Partner bei der Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitentscheidung im Integrationsprozess. Eine demokratische Teilhabepolitik kann nur mit der Beteiligung aller demokratischen, zivilgesellschaftlichen Akteure auf Augenhöhe funktionieren.

Der NIR fordert weiterhin konkrete integrationspolitische Maßnahmen:

4. Der NIR fordert die Einrichtung regional bezogener Antidiskriminierungsstellen für das Land Niedersachsen.
5. Die Kommission für Migration und Teilhabe hat sich bereits auf Antrag des NIR 2017 mit einem Partizipationsgesetz befasst. Der NIR fordert weiterhin ein Partizipationsgesetz.
6. Die umfassende Weiterentwicklung der interkulturellen Öffnung in allen Bereichen, besonders mehr Vielfalt in Führungspositionen in Verwaltung und Behörden, sowie präventive Maßnahmen gegen „Bildung-Rassismus“ in allen Bildungseinrichtungen in Niedersachsen.
7. Politische Teilhabe ist gesetzlich zu garantieren: Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger*innen.

Rassismus führt zu Unmenschlichkeit, Demütigung, Diskriminierung und Gewaltverbrechen. Dem stellen wir uns gemeinsam und entschlossen entgegen: die Zivilgesellschaft, die Institutionen und jede/r Einzelne von uns kann dabei mitwirken.

Text: Niedersächsischer Integrationsrat - Arbeitsgruppe „Rassismus“

Beschluss des Vorstands am 02.04.2020